

die bank

12.12.2018

NEWSLETTER FÜR BANKPOLITIK UND PRAXIS

TOP-THEMA



© MAZARS

Thema Menschenrechte

Banken sind hier doppelt gefordert

Alle Unternehmen tragen Verantwortung in Sachen Menschenrechte und Nachhaltigkeit. Die diesbezüglichen Anforderungen nehmen stetig zu. Das gilt auch für die Finanzbranche. Finanzinstitute und insbesondere Banken sind hier sogar in doppelter Hinsicht gefordert – vor allem, wenn es darum geht, unternehmerische Interessen mit gesellschaftlicher Verantwortung zu vereinbaren und nicht-finanzielle Aspekte aus der Nische zu holen.

Bank of America, Citigroup oder Deutsche Bank: Drei Beispiele für Banken, die sich des Themas Menschenrechte bereits angenommen haben und sich öffentlich zu globalen Leitprinzipien und Berichtspflichten erklärt haben. Die ING ist aktuell mit der Veröffentlichung eines separaten Human Rights Report – erstellt nach einem internationalen Standard – sogar noch einen Schritt weitergegangen und setzt damit ein klares Zeichen in der Branche.

Dieser Entwicklung werden immer mehr Finanzinstitute folgen. Denn auch, wenn Banken allgemein nicht an erster Stelle mit Menschenrechtsverletzungen wie beispielsweise Sklaverei oder Kinderarbeit in Verbindung gebracht werden, tragen sie in doppelter Hinsicht eine große Verantwortung. Sie stehen vor der Herausforderung, die Achtung der Menschenrechte in ihrer Unternehmenskultur gleich auf zwei Ebenen zu etablieren.

die bank



1. Forum Bankaufsichtsrecht

Mittwoch, 30. Januar 2019, in Köln

Weitere Informationen zu den Referenten und zum Programmablauf finden Sie auf unserer Website:

www.die-bank-trainings.de

Menschenrechte in der Unternehmenskultur

Zunächst einmal steht die eigene unternehmerische Tätigkeit im Fokus. Es gilt, soziale und gesellschaftliche Risiken, zu denen auch Menschenrechtsverletzungen zählen, in der eigenen Wertschöpfungskette zu überprüfen und die Auswirkungen des eigenen unternehmerischen Handelns zu hinterfragen. Hier geht es um die eigene Glaubwürdigkeit, die „Licence to Operate“.

Gleichzeitig können Banken aber auch ein Hebel für die nachhaltige Entwicklung von Unternehmen generell sein. Mit Finanzentscheidungen zu Anlagen, Krediten und Investitionen sind sie in der Lage, Nachhaltigkeit und Menschenrechte gesamtgesellschaftlich zu festigen.

Welche Regelwerke Aufsichtsräte von Banken kennen müssen

Dass beide Perspektiven immer wichtiger werden und die Anforderungen zunehmen, zeigt auch der immer komplexer werdende rechtliche Rahmen für Menschenrechte und Nachhaltigkeit. Ein Trend, dem in der letzten Zeit vor allem die UNO, die EU-Kommission und auch die Bundesregierung verstärkt folgen.

Die Aufsichtsräte von Banken sind gefordert, die Regularien zu beachten und die Verankerung der Menschenrechte mithilfe von Leitprinzipien, Empfehlungen und Rahmenwerken in den Instituten voranzutreiben. Die folgenden zwei Regelwerke sollten Aufsichtsräte dabei kennen und beachten:

- ▷ **Aktionsplan „Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ der EU-Kommission:** Dieser Aktionsplan bildet die Grundlage für die Sustainable-Finance-Aktivitäten der EU-Kommission und fördert eine nachhaltige Entwicklung des Finanzsystems. Im Rahmen dieser Initiative werden Gesetze und Rechnungslegungsvorschriften zunehmend dahingehend geändert, dass Banken bestimmte CSR-Performance-Angaben bei ihren Finanz- und Investitionsentscheidungen berücksichtigen müssen. Dieser Aktionsplan wird auch von der Bundesregierung nachhaltig unterstützt.
- ▷ **Das CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz (kurz CSR-RUG):** Das CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz verpflichtet Banken bereits seit 2016 dazu, die eigene unternehmerische Tätigkeit unter CSR-Gesichtspunkten zu überprüfen. Durch das CSR-RUG müssen Banken ihre Lageberichte erweitern und mittlerweile nicht mehr nur finanzielle Aspekte abbilden,

sondern auch nichtfinanzielle CSR-Risiken. Hierbei geht es nicht nur um Risiken, die im Unternehmen entstehen, sondern auch um einen nach außen gerichteten Risikobegriff – also beispielweise die Auswirkung der unternehmerischen Tätigkeit auf Umwelt, Arbeitnehmerbelange, Sozialbelange, Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

Konkret ist damit gemeint, dass Banken Ihre Finanzierungs- und Anlageentscheidungen zukünftig hinsichtlich möglicher negativer Auswirkungen auf die genannten CSR-Aspekte prüfen müssen – systematisch und nachvollziehbar.

Haftungsrisiken vermeiden

Regelwerke wie der Aktionsplan und das CSR-RUG bieten Orientierung, die Banken nicht nur hilft, die passenden Maßnahmen zu ergreifen, sondern auch Haftungsrisiken zu reduzieren. Gleichwohl gibt es jedoch insbesondere im Hinblick auf die nichtfinanzielle Berichterstattung noch Potenzial. Denn nichtfinanzielle Aspekte haben einen wachsenden Einfluss auf die wirtschaftliche Lage. Banken müssen nichtfinanzielle Aspekte aus der Nische ihrer Berichterstattung holen und mit Blick auf Haftungsrisiken und rechtliche Bedingungen unternehmerische Interessen und gesellschaftliche Verantwortung auf einen Nenner bringen.

Bedeutung von Klima und Umwelt nimmt ebenfalls zu

Neben der Festigung der Menschenrechte bekommen für Banken auch die Themen Klima und Umwelt einen immer höheren Stellenwert. So setzen sich bereits viele Institute mit den Anforderungen der Task Force on Climate-Related Financial Disclosures (TCFD) zu mehr Transparenz in der Klimaberichterstattung auseinander.

Ziel der darin beschriebenen Maßnahmen ist es, das Verständnis der Marktakteure für materielle klimarelevante Risiken zu verbessern und ein Beitrag zur Stabilisierung der globalen Finanzmärkte zu leisten. Zudem sollen die geschaffenen Bewertungsgrundlagen den Banken die Einschätzung hinsichtlich Chancen und Risiken des Klimawandels erleichtern.

Autor:

Kai Michael Beckmann ist Director Governance, Risk & Compliance bei der internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mazars.



©istockphoto.com | instamatics

EZB-Programm läuft aus

„Anleihekäufe sind Erfolgsgeschichte“

Ende des Jahres beendet die Europäische Zentralbank (EZB) ihr umstrittenes Anleihekaufprogramm. Was hat die geldpolitische Maßnahme der Wirtschaft in der Eurozone gebracht? Martin Wilhelm, Gründer & Geschäftsführer des IfK - Institut für Kapitalmarkt, und einer der führenden unabhängigen Anleiheexperten, zieht im Interview mit „die bank“ eine positive Bilanz.

die bank: Die Europäische Zentralbank (EZB) strebt zum Jahresende 2018 den Stopp der Anleihekäufe an. Seit Beginn des Kaufprogramms im März 2015 bis Ende September 2018 erwarb die Notenbank Wertpapiere im Gesamtwert von mehr als 2,5 Bio. Euro. Wurden die mit dem Programm Quantitative Easing (QE) gewünschten Ziele erreicht?

Martin Wilhelm: Ja, das ist definitiv der Fall. Ein Blick auf die rein ökonomischen Kennziffern verdeutlicht das. Beispielsweise ging die Arbeitslosigkeit in der Eurozone deutlich zurück. Vor Beginn der Anleihekäufe hatte die Quote mit über 12 Prozent noch auf einem Rekordhoch gelegen. Aktuell pendelt sich der Wert bei 8 Prozent ein. Das sind in der Bilanz über neun Mio. mehr Beschäftigte. Die Inflation liegt im erwünschten Zielkorridor bei rund 2 Prozent. Es gibt auch insgesamt wieder mehr Optimismus an den Kapitalmärkten. Aus der Sicht unseres Instituts ist es bemerkenswert, wie positiv sich QE auf die Konjunktur ausgewirkt hat. Wir bewerten das Anleihekaufprogramm als Erfolgsgeschichte. Leider ist das in den Medien und in weiten Teilen der Bevölkerung noch nicht richtig angekommen.

die bank: Wie wird sich das Auslaufen der Anleihekäufe auf die europäische Wirtschaft auswirken?

Wilhelm: Ich rechne nicht mit einem Abflauen der Wirtschaftsaktivität in der EU. Als die US-Notenbank den Ankauf von Wertpapieren im ersten Halbjahr 2013 ankündigte, stark zu reduzieren, waren die Ängste vor Schäden für die US-Konjunktur an den Aktienmärkten zunächst auch groß. Doch die Entscheidung der Fed hatte keine negativen Folgen. Die Befürchtungen sind meistens größer als die Realität. Sollte sich die Wirtschaft dennoch abkühlen, liegt das an anderen Faktoren. Ich nenne hier etwa die internationalen Handelskonflikte oder den bevorstehenden Brexit.

die bank: Von der hohen Liquidität auf den Märkten infolge der Anleihekäufe konnten unter Umständen auch angeschlagene Firmen profitieren. Rechnen Sie mit einer Pleitewelle unter Firmen in der EU nach dem Auslaufen des Programms?

Wilhelm: Wie wir wissen, werden Kreditentscheidungen bei Banken meist in größeren Komitees getroffen. Hier ist die Stimmung ähnlich wie an den allgemeinen Märkten und in der

Wirtschaft und es wird prozyklisch gedacht. Durch den Rückenwind der Notenbanken und damit günstiger Refinanzierung werden gelegentlich auch Firmen unterstützt, die im Zweifel eher wenig Daseinsberechtigung haben und somit eine Art Moral-Hazard-Effekt auslösen. Zusätzlich möchte man als Kreditgeber nicht negativ in der Presse stehen. Die älteren Leser können sich sicherlich noch an die Rettung des Baukonzerns Holzmann in Frankfurt erinnern, der unter Bundeskanzler Gerhard Schröder spektakulär gerettet wurde und final zwei Jahre später dennoch insolvent ging.

die bank: QE sollte den verschuldeten Staaten Zeit verschaffen, Reformen durchzuführen. Haben die Länder ihre Hausaufgaben gemacht?

Wilhelm: Das trifft leider nur bedingt zu. Auch hier kann die Arbeitslosigkeit als wichtiger Indikator erhalten. In Spanien und Portugal hat sich die Lage auf den Arbeitsmärkten deutlich gebessert. Spanien hatte vor zehn Jahren noch eine Erwerbslosenquote von rund 25 Prozent, aktuell liegt sie bei nur noch 15 Prozent. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ging in Südeuropa zurück, wenngleich sie in Spanien und Portugal immer noch viel zu hoch ist. EZB-Chef Mario Draghi hatte wiederholt Reformen angemahnt und darauf hingewiesen, dass die Notenbank den problembehafteten EU-Staaten nur Zeit kaufen könne. Die EZB hat ihren Job gemacht, die Länder zum Teil nicht.

die bank: Könnte die Haushaltskrise in Italien die EZV zu einer Fortsetzung der Anleihekäufe über das Jahr 2018 hinaus veranlassen?

Wilhelm: Mit einem weiteren Anleiheprogramm ist nicht zu rechnen. Marktteilnehmer müssen sich einen wichtigen Umstand vor Augen halten, der in der Diskussion gelegentlich zu kurz kommt: Die auslaufenden Wertpapiere werden reinvestiert. Es werden also weiterhin Anleihekäufe getätigt. Die Bilanzsumme der EZB bleibt zunächst auf ähnlichem Niveau. Die Zentralbank übt somit weiterhin eine wirtschaftlich stabilisierende Funktion auf die Geldhäuser aus. Insofern ist eine kontinuierliche Unterstützung des gesamten Marktes gewährleistet.

die bank: Das Kaufprogramm ist einem kürzlich veröffentlichten Gutachten des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zufolge rechtens. Die EZB verstoße nicht gegen das Verbot der Staatsfinanzierung. Ein abschließendes Urteil des EuGH könnte noch in diesem Jahr fallen. Mit welcher Entscheidung rechnen Sie?

Wilhelm: Es ist davon auszugehen, dass sich das Urteil im Rahmen der bisherigen Gerichtsentscheidungen bewegen wird. Bisher kam kein Richter zu dem Schluss, dass die Anleihekäu-

fe gegen das Verbot der Staatsfinanzierung verstießen. Auch ein Stopp der Käufe wurde bislang nicht verfügt. Man muss letztlich sehen, dass sich die Richter, ob am Bundesverfassungsgericht oder am Europäischen Gerichtshof, dem Gemeinwohl der Menschen in der Eurozone verpflichtet fühlen – und davon sollten sich im Idealfall die Juristen am EuGH ebenso leiten lassen.

die bank: Die EZB hält die Zinsen weiter auf dem Rekordtief von 0 Prozent. Die US-Notenbank leitete die Zinswende bereits ein. Warum lässt sich die EZB mit einer Zinsanhebung so viel Zeit?

Wilhelm: Die Konjunktur läuft in den USA besser als in der Eurozone. In den Vereinigten Staaten ist mit der überraschend unproblematisch verabschiedeten Steuersenkung zudem eine Sondersituation eingetreten. Die Reform hat der US-Konjunktur eine Riesendynamik gebracht. Die Arbeitslosigkeit liegt bei unter 4 Prozent. Zwar läuft die Wirtschaft auch in der Eurozone gut, aber noch nicht gut genug. Daher hat die Notenbank die Zinsen auch noch nicht angehoben. EZB-Chef Draghi wird wahrscheinlich erst gegen Ende seiner Amtsperiode im Oktober 2019 eine Zinssteigerung ankündigen. Jeder Notenbank-Präsident hat in seiner Amtszeit die Aufgabe, die nächste Phase der Geldpolitik einzuläuten. In Draghis Fall geht es um das Einläuten eines neuen, soften Zinszyklus.

die bank: Welche Folgen hätte eine Anhebung der Zinsen für die deutsche Kreditwirtschaft?

Wilhelm: Die deutsche Kreditwirtschaft wird von einer möglichen Zinsanhebung aus meiner Sicht profitieren. Hierzu ein Beispiel: Angenommen ein Konsument hat mehrere Jahre lang erfolglos nach einer geeigneten Immobilie Ausschau gehalten. Dann könnte er unmittelbar vor der Zinsanhebung zu dem Entschluss kommen, noch rasch einen günstigen Kredit aufzunehmen, um die Immobilie zu erwerben. In der Phase unmittelbar vor der Zinssteigerung kann die Bank ihre Marge etwas vergrößern. Das wird dem Kreditgeschäft helfen.

Die Fragen stellte Dogan Michael Ulusoy

Martin Wilhelm ist Gründer und Geschäftsführer des IfK - Institut für Kapitalmarkt in Kiel. Wilhelm ist einer der führenden unabhängigen Anleihemanager in Deutschland, mehrfacher Buchautor sowie langjähriger Dozent Frankfurt School of Finance & Management. Er betreut den Anleihefonds Acatis IfK Value Renten mit einem Volumen von 900 Mio. Euro.



© istockphoto.com | ROMAOSLO

Gefahr für EU-Währungsunion

Banken investieren verstärkt in heimische Anleihen

Europäische Banken erwerben immer mehr Staatsanleihen ihrer Heimatländer. Die Verflechtung zwischen Banken und Staaten gilt als zentrales Strukturproblem der Währungsunion. Die Geldhäuser sollten einer Studie zufolge Anreize erhalten, nicht mehr zu stark in heimische Anleihen zu investieren.

Die finanzielle Verflechtung zwischen Banken und EU-Staaten ist in den letzten vier Jahren noch enger geworden. Vor allem bei den italienischen und spanischen Banken ist diese Tendenz offenbar sehr ausgeprägt. Das geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin hervor. „Müssten Banken EU-Staatsanleihen genauso wie andere Wertpapiere mit Eigenkapital unterlegen, so müssten die hier betrachteten italienischen und spanischen Banken zusätzliches Eigenkapital in Höhe von zusammen mehr als 20 Mrd. Euro aufbringen“, erklärte DIW-Finanzmarktexpertin Dorothea Schäfer. Dies würde die Finanzierung der Staatsschulden vor allem Italiens deutlich erschweren.

Bei der Eigenkapitalregulierung von Banken werden EU-Staatsanleihen immer noch bevorzugt behandelt und mit null Risikogewichtet. Das DIW verwies darauf, dass Institute, die Staatsanleihen von EU-Staaten in ihre Bücher aufnahmen, diese ohne zusätzliches Eigenkapital ausschließlich mit Schulden finanzieren könnten. Dies gelte als eine Ursache der Risikoverflechtung zwischen Banken und Staaten. Daher werde seit Beginn der europäischen Schuldenkrise über eine Abschaffung des sogenann-

ten Staatsanleiheprivilegs diskutiert. Besonders hoch sei die Gefahr, dass Bankenrisiken auf Staaten überspringen, wenn Geldhäuser überproportional viele Staatsanleihen des eigenen Landes halten.

Die Studie beleuchtete die Entwicklung des sogenannten Home Bias – also die Neigung zum übermäßigen Investieren in heimische Staatsanleihen – für die Großbanken einiger ausgewählter EU-Staaten. Zudem wurde der potentielle zusätzliche Eigenkapitalbedarf der Großbanken für den Fall der Abschaffung der Nullgewichtung von Staatsanleihen bestimmt. Das Ergebnis: Der Home Bias stieg zwischen 2014 und 2018 bei den meisten der untersuchten europäischen Großbanken an.

Negative Effekte auf Stabilität des Euroraums möglich

Allerdings zeigten sich laut Studie deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Instituten. Während der Home Bias der deutschen, französischen und britischen Banken eigenkapitalneutral sei, ziehe er bei italienischen und spanischen Banken einen Eigenkapitalbedarf nach sich. Der Grund dafür sei, dass diese beiden Staaten ein vergleichsweise schlechtes Rating hätten und ihre Staatsanleihen deshalb mit einem höheren Risikogewicht belastet würden. Demnach müssten italienische Banken 11,5 Mrd. Euro und spanische Banken 9,5 Mrd. Euro zusätzliches Eigenkapital aufbringen. Wie es weiter hieß, würde eine Abschaffung des Staatsanleiheprivilegs vor allem italienische Institute mit ihren relativ niedrigen Eigenkapitaldecken erneut in Schwierigkeiten bringen. Dies könne negative externe Effekte auf die Stabilität des gesamten Euroraums haben.

Die Studienautoren schlagen daher eine Reform vor, die Anreize für Banken setzt, ihren Home Bias abzubauen. Ein geeignetes Instrument hierfür seien etwa die von der EU-Kommission vor-

geschlagenen Sovereign Bond Backed Securities (SBBS), die mit Staatsanleihen aus dem gesamten Euroraum besichert wären. Damit hätten die Institute ein neues Wertpapier an der Hand, das es ihnen ermögliche, ihr Staatsanleiheportfolio automatisch zu diversifizieren. Zugleich solle die Erhöhung des Eigenkapitals der Großbanken von der Staatsfinanzierung abgekoppelt werden, solange die Schuldenkrise des Euroraums nicht überwunden sei. Ziel müsse die Erhöhung der risikounabhängigen Eigenkapitalpuffer (Leverage Ratio) von Großbanken auf mindestens 5 Prozent sein. (ud)

Reform der Eurozone

Finanzminister einigen sich auf Bankenpaket

In einem Verhandlungsmarathon haben die Euro-Finanzminister einen Kompromiss für eine Reform der Währungsunion erzielt. Die Mitgliedstaaten verständigten sich auf Maßnahmen für die Stabilisierung des europäischen Finanzsektors und auf eine Reform des Euro-Rettungsfonds ESM.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) schrieb auf dem Kurznachrichtendienst Twitter: „Die Euroreform kommt entscheidende Schritte voran.“ Scholz' französischer Amtskollege Bruno Le Maire sprach von einem „wichtigen Schritt, der die Eurozone erheblich stärken wird“. In Brüssel hatte es zuvor einen 16-stündigen Verhandlungsmarathon gegeben.

Als „positive Entwicklung für die kleinen und mittleren Kreditinstitute“ bezeichnete Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), die Verabschiedung eines Großteils des Bankenpakets. Erstmals würden dort konkrete Ansätze für administrative Entlastungen von kleinen, wenig komplexen Instituten festgeschrieben: „Passgenauere Regelungen je nach Größe der Kreditinstitute sind ein wertvoller Beitrag zum Erhalt von leistungsfähigen Bankenmärkten. Von den Vorschlägen werden auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken profitieren können“, betonte Schleweis. Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) erklärte, mit dem Kompromiss werde ein wichtiger Beitrag zur weiteren Stabilisierung des europäischen Finanzsektors geleistet. Zudem werde damit den unterschiedlichen Belangen der heterogenen europäischen Bankenmärkte Rechnung getragen.

ESM könnte einspringen

Medienberichten zufolge soll zudem der Euro-Rettungsschirm ESM künftig als sogenannte Letztsicherung beim europäischen Bankenabwicklungsfonds SRF zum Einsatz kommen. Sollte der Fonds überfordert sein sollte, könnte demnach der ESM einspringen. Hierzu seien jedoch noch Detailfragen zu klären. Die

Europäische Union (EU) führte den SRF im Jahr 2015 ein. Hierzu leisten die Geldhäuser jährliche Beiträge, die als Bankenabgabe bezeichnet werden. Bis zum Jahr 2024 sollen auf diese Weise rund 55 Mrd. Euro zusammenkommen. Der Fonds ist Teil mehrerer Regulierungsmaßnahmen. Von 2011 bis 2014 gab es in der EU noch nationale Lösungen, die 2015 von der europäischen Regelung abgelöst wurden.

Wie es weiter hieß, soll der ESM, der bislang Darlehen an überschuldete Länder gegen Reformauflagen vergab, künftig bereits früher aktiv werden können. Zudem solle er zusammen mit der EU-Kommission beim Management von Hilfsprogrammen stärker beteiligt sein. Bei den Rettungspaketen für Griechenland etwa hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) bislang noch eine zentrale Rolle gespielt. Dies sei künftig voraussichtlich nicht mehr der Fall. Zudem sei auch über einen vor allem von Frankreich geforderten eigenen Haushalt der Eurozone beraten worden. Rasch einig geworden seien sich die Finanzminister im Haushaltsstreit mit Italien. Nach Auffassung der Euro-Gruppe verstoßen Roms Haushaltspläne gegen die europäischen Stabilitätsregeln. (ud)

Erfolg für UBS

Mehrheit an chinesischem Geldhaus erworben

Die schweizerische UBS hat als erste ausländische Bank grünes Licht für eine Mehrheitsbeteiligung an einem chinesischem Finanzunternehmen erhalten. Eine entsprechende Genehmigung erteilte die Börsenaufsicht in China, wie die UBS mitteilte.

Bislang hielt die größte Bank der Schweiz 24,99 Prozent an dem Gemeinschaftsunternehmen UBS Securities, künftig werden es 51 Prozent sein. Die UBS zeigte sich Medienberichten zufolge höchst zufrieden mit der Entscheidung. Bankchef Sergio Ermotti erklärte: „In China zu wachsen ist ein Schlüsselement unserer Strategie. Dieser Schritt unterstreicht unser langfristiges Engagement auf dem chinesischen Markt.“ Die weitere Öffnung des Landes biete etwa Wachstumspotenzial für das Investmentbanking und das Asset Management der UBS. Das Institut ist seit dem Jahr 1989 im Reich der Mitte präsent.

China öffnete seinen Finanzmarkt

Ausländische Banken versuchen seit Jahren, auf dem chinesischen Finanzmarkt Fuß zu fassen. Das Geschäft teilten sich bislang hiesige Institute wie die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) oder der China Construction Bank untereinander auf. Peking lehnte eine durchgreifende Marktöffnung lange strikt ab. Vor einem Jahr dann kam eine vorsichtige Kehrtwende: Die

Regierung gab bekannt, den Finanzmarkt für ausländische Institute schrittweise zu öffnen – und liefert nun mit der UBS einen „Präzedenzfall“, wie das Handelsblatt berichtete.

Wie es weiter hieß, ist die UBS das erste Geldhaus, welches einen Antrag auf eine Mehrheitsbeteiligung an einem chinesischen Börsenhandels-Unternehmen stellte, seit die chinesischen Behörden dies im April 2018 ermöglicht hatten. Nach Abschluss der Transaktion gehören den Angaben zufolge neben der UBS noch Beijing Guoxiang Property Management (33 Prozent), Guangdong Provincial Communication Group (14,01 Prozent) und ChinaGuodian Capital Holdings (1,99 Prozent) zu den Aktionären von UBS Securities. (ud)

Geldpolitik

US-Notenbank deutet Zinspause an

Die amerikanische Notenbank hat 2018 bereits drei Mal den Leitzins angehoben. Fed-Chef Powell kündigte nun überraschend ein vorsichtigeres Agieren an. Das löste an den US-Börsen Kurssprünge aus. In der Eurozone werden die Leitzinsen wohl auch über den Sommer 2019 hinaus bei 0 Prozent bleiben.

US-Notenbankpräsident Jerome Powell hat angedeutet an, dass mittelfristig nicht mehr mit weiteren Zinserhöhungen zu rechnen ist. Dies ergibt sich aus einem Statement, welches der Chef der Federal Reserve in New York abgab. Demnach liegt das Zinsniveau in den USA aktuell knapp unter neutral. Dies bedeutet, dass die Geldpolitik die Konjunktur weder befeuert noch bremst. Powell hatte erst vor ein paar Wochen das Zinsniveau als weit entfernt von neutral bewertet.

Medienberichten zufolge lässt Powells Äußerung darauf schließen, dass nicht mehr mit so vielen Zinserhöhungen zu rechnen ist, wie Investoren ursprünglich vermutet hatten. Im Handel werde spekuliert, dass der Fed-Chef dem Wunsch von US-Präsident Donald Trump nachgegeben habe, der strikt gegen Zinserhöhungen sei. Trump hatte gesagt, dass er „nicht einmal ein bisschen zufrieden“ sei mit dem von ihm selbst installierten Chef der US-Notenbank. Die Fed habe mit den Erhöhungen der Leitzinsen zuletzt „vollkommen falsch“ gelegen.

Nächste Erhöhung könnte im Dezember erfolgen

Die Fed hatte wegen des starken wirtschaftlichen Aufschwungs in den USA die Zinsen im Jahr 2018 bereits drei Mal angehoben. Die nächste Erhöhung könnte im Dezember erfolgen. An der Wall Street in New York reagierten die Anleger positiv auf die Ankündigung des Fed-Chefs. Es kam zu einer regelrechten Börsenrally.

Der Dow-Jones-Index legte um 1,9 Prozent zu auf 25.228 Punkte, S&P-500 und Nasdaq Composite um 1,6 bzw. 2 Prozent.

Während die US-Notenbank die grundsätzliche Zinswende bereits vor Jahren einleitet hat, agiert die Europäische Zentralbank (EZB) weiter vorsichtig. Auch über den Sommer 2019 hinaus werden die Leitzinsen wohl bei 0 Prozent bleiben. Eine Anhebung ist damit nicht vor Ende 2019 oder Anfang 2020 zu erwarten. Wahrscheinlich geht Notenbankchef Mario Draghi diesen Schritt erst im Oktober kommenden Jahres. Dies wäre dann eine seiner letzten Entscheidungen. Wenige Wochen später scheidet der Zentralbankchef aus dem Amt und geht in Pension.

Diese Daten sind wiederum der Aufsicht zu melden. In den meisten Instituten dürften Anpassungen im Register notwendig werden.

Eine weitere wichtige Neuerung: Nicht nur Kredit-, sondern auch Zahlungsinstitute und Wertpapierfirmen, die der Aufsicht unterliegen, werden von den neuen EBA-Guidelines erfasst. Diese treten voraussichtlich am 30. Juni 2019 in Kraft. (ud)

Corporate Banking

Studie warnt vor Wachstumsillusionen

Die Banken in Deutschland setzen ihre Hoffnung auf das Firmenkundengeschäft. Viele Institute wollen ihre Erträge bis zum Jahr 2020 deutlich steigern – auf einem Niveau, das deutlich über dem Gesamtmarktwachstum liegt. Allerdings werden diese Pläne offenbar nicht immer aufgehen.

Einer Untersuchung zufolge wächst der sogenannte Corporate-Banking-Markt bis 2020 im Durchschnitt nur um etwa 1 Prozent pro Jahr auf dann etwa 28 Mrd. Euro. Das Profitpotenzial werde nur langsam auf etwa 9,2 Mrd. Euro ansteigen. Bei einer schwächeren Wirtschaftslage sei sogar ein Einbruch auf rund 8 Mrd. Euro denkbar.

Dies geht aus der Studie „Corporate-Banking: Das Ende der Wachstumsillusionen“ der internationale Managementberatung Bain & Company hervor. „Die goldenen Zeiten im Corporate-Banking sind vorerst vorbei“, erklärt Bain-Partner und Co-Autor Dr. Christian Graf. „Das liegt nicht nur an den dauerniedrigen Zinsen, der Regulierung und neuen digitalen Angeboten. Vielmehr heizen die Banken mit ihren Expansionsplänen den Wettbewerb selbst immer stärker an.“ Schon heute befänden sich die Margen im Kreditgeschäft nahe dem Zehnjahrestief. Dennoch blieben Darlehen das „Brot- und-Butter-Geschäft im Corporate-

Banking“. Je nach Kundensegment machten sie bis zu zwei Drittel der Erträge aus.

Gehobener Mittelstand mit höchstem Potenzial

Die Publikation analysiert darüber hinaus die Ertragschancen nach Kundengruppen und Regionen. Das größte Potenzial bietet demnach mit etwa 7,4 Mrd. Euro der gehobene Mittelstand, Firmen mit einem Jahresumsatz von 25 bis 250 Mio. Euro. Auch deshalb bemühten sich die Geldhäuser um diese Kundengruppe wie um keine andere. Die höchsten Erträge würden regional betrachtet in den drei einwohnerstärksten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg erzielt.

Untersucht wurde zudem die Profitabilität der wichtigsten Produkte im Corporate-Banking. Neben den direkten seien auch alle indirekten Kosten in die Rechnung eingeflossen, etwa für Produktexperten oder Relationship-Manager. Die Unterschiede seien enorm: Zwischen der Profitabilität der gewinnträchtigsten Angebote – kurzfristige Kredite und Hypothekendarlehen, und des schwächsten Produkts – der Betriebsmittelfinanzierung – liegen den Angaben zufolge 23 Prozentpunkte. Während die Institute mit Krediten und Hypothekendarlehen im Durchschnitt eine Marge von 43 Prozent vor Kapitalkosten erzielten, seien es bei der Betriebsmittelfinanzierung nur 20 Prozent. (ud)

Finanzaufsicht

EZB für Reform des Stresstests

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat eine Neuregelung des Banken-Stresstests angemahnt. Die Prüfungen seien für die Finanzaufsicht sehr aufwendig und lieferten zu wenig neue Erkenntnisse, kritisierte die oberste Bankenaufseherin der EZB, Danièle Nouy, bei einer Veranstaltung in Frankfurt. „Ich will am Ende mehr Material für aufsichtliche Maßnahmen.“

Nouy sagte auf der Handelsblatt-Tagung „European Banking Regulation“, dass bei der EU-Bankenaufsicht EBA 250 Kontrolleure neun Monate lang mit dem Stresstest 2018 beschäftigt gewesen seien. Zusätzlich habe man rund 50 Berater engagiert. Für diesen Aufwand erwarte sie einen höheren Ertrag. Nouy: „Ich will etwas erfahren über die Banken, die ich beaufsichtigen muss, was ich noch nicht weiß.“

Die Französin zeigte sich der Zeitung zufolge insgesamt zufrieden über die Entwicklung der europäischen Geldhäuser in den letzten fünf Jahren. „Die Banken sind sicherer und gesünder.“ Die Kernkapitalquote sei im Schnitt von elf auf 14 Prozent gestiegen. Der Bestand an faulen Krediten fiel von 1 Bio. auf rund 650 Mrd. Euro. „Das ist noch immer zu viel“, betonte Nouy. Der Sektor sei jedoch für eine neue Krise besser gewappnet.

Funktionierendes Geschäftsmodell entscheidend

Zu den großen Herausforderungen der Zukunft zähle die Vollendung der EU-Bankenunion und die Steigerung der Profitabilität der Institute. „Viele Banken, die wir überwachen, verdienen ihre Kapitalkosten nicht. Das ist langfristig nicht tragfähig.“ Fusionen seien ein möglicher Weg, um die Profitabilität zu steigern, erklärte Nouy – egal, ob grenzüberschreitend oder innerhalb von Mitgliedstaaten. „Ich habe absolut nichts gegen nationale Zusammenschlüsse“, betonte sie. Entscheidend sei, dass das fusionierte Geldhaus anschließend sicher sei und ein funktionierendes Geschäftsmodell habe.

Die Ergebnisse des letzten Stresstests waren der Öffentlichkeit Anfang November 2018 vorgestellt worden. Bei der bislang härtesten Untersuchung der EBA hatten sich die Kapitalpuffer der meisten der 48 geprüften Institute auch unter widrigen Bedingungen als tragfähig erwiesen. Die deutschen Banken landeten im Mittelfeld. Schlusslicht in der EU war die britische Großbank Barclays. Die EBA und die EZB stellten den Geldhäusern insgesamt ein solides Zeugnis aus. Die NordLB schnitt unter den acht deutschen Instituten am schlechtesten ab. (ud)

Italien

„Sanktionen werden viel wahrscheinlicher“

Italien will im EU-Haushaltsstreit hart bleiben. Doch nun wächst der Handlungsdruck auf die Europäische Kommission. Die Brüsseler Behörde könnte finanzielle Sanktionen ermöglichen. Neue Regeln machen die politische Umsetzung sehr wahrscheinlich, sagt ein Wirtschaftsexperte voraus.

Die italienische Regierung hält an ihren von der EU abgelehnten Haushaltsplänen fest, obwohl sie den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes widersprechen. Angesichts dieser Ausgangslage müsse die Europäische Kommission jetzt dringend ein Defizitverfahren gegen das Land in die Wege leiten, fordert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln: „Der italienische Vize-Premierminister Luigi Di Maio scheint sich bisher sicher zu sein, dass es nicht dazu kommt, vor allem weil Italien vermeintlich ausreichend Unterstützung aus dem Kreis der EU-Partner erhält“, erklärt der Leiter des Kompetenzfelds Internationale Wirtschaftsordnung und Konjunktur beim IW, Jürgen Matthes.

Diese Hoffnung könne sich jedoch als trügerisch erweisen. Matthes erinnerte daran, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt im Zuge der Euroschuldenkrise reformiert worden sei. Seitdem gebe es eine neue Regel der sogenannten umgekehrten Mehrheit. Sie ermögliche Sanktionen, ohne dass alle europäischen

Finanzminister zustimmen müssten. Wenn die Kommission Sanktionen vorschläge, müsse eine qualifizierte Mehrheit der Finanzminister dagegen stimmen, um sie zu verhindern, andernfalls gelte der Vorschlag als angenommen: „Damit werden Sanktionen für Italien sehr viel wahrscheinlicher. Dass sich ausreichend Unterstützer für Rom finden, erscheint so gut wie unmöglich“, betont der IW-Experte.

Zinsen auf italienische Staatsanleihen könnten steigen

Sanktionen seien darüber hinaus ein wichtiges Signal an alle EU-Mitglieder, die „kreative Interpretation des Paktes“ zu beenden. Kritiker bemängelten zudem oft, dass Sanktionen vor allem den Populisten dabei helfen könnten, aus den Europawahlen Ende Mai 2019 gestärkt hervorzugehen: „Das ist allerdings längst keine ausgemachte Sache“, erklärt Matthes. Sollten die Sanktionen lange vor den Wahlen kommen, sei ungewiss, ob in Italien dadurch wirklich Wähler in die Arme der Populisten getrieben würden: „Hinzu kommt: Eskaliert der Konflikt mit Brüssel weiter, steigen die Zinsen auf italienische Staatsanleihen. In der Bevölkerung könnte die Sorge entstehen, dass die Populisten Italien in eine Finanzkrise treiben.“

Die Koalition aus Fünf-Sterne-Bewegung und rechter Lega peilt im kommenden Jahr eine Neuverschuldung von 2,4 Prozent der Wirtschaftsleistung an. Die Regierung möchte teure Wahlversprechen finanzieren – etwa eine Grundsicherung nach dem Vorbild von Hartz IV. Dabei ist das Land bereits jetzt hochverschuldet. (ud)

Blitzüberweisung mit TIPS

EZB startet neuen Sofortzahlungsdienst

Ab sofort können Bankkunden ihr Geld rund um die Uhr in Sekundenschnelle ins europäische Ausland überweisen. Möglich macht dies das neue TIPS-Verfahren, welches die Europäische Zentralbank (EZB) startete.

Mit dem neuen Sofortzahlungsdienst TIPS (Target Instant Payment Settlement) soll der Zahlungsverkehr insgesamt deutlich beschleunigt werden, indem direkt Zentralbankgeld überwiesen wird. Zugleich will die Notenbank bisherigen Anbietern wie Mastercard oder Visa Konkurrenz machen. TIPS soll an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Der Dienst wurde in enger Kooperation mit den Banken in Europa entwickelt.

Der für TIPS zuständige EZB-Generaldirektor Marc Bayle de Jessé lobte die Vorteile des Systems: „Der größte Unterschied zu existierenden Zahlungslösungen ist, dass TIPS sofort in Zentral-

bankgeld überweist“, erklärte er Medienberichten zufolge. Dies beschleunige den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr enorm, weil es viele Zwischenstationen überflüssig mache. Geschäftspartner seien hierdurch auch nicht mehr dem Risiko ausgesetzt, dass Zahlungen nicht gedeckt sein könnten. Auf europäischer und nationaler Ebene gibt es zwar bereits Bezahlangebote wie RT1 von der Europäischen Bankenaufsicht EBA oder Paylib in Frankreich. Diese seien aber meist national begrenzt oder hätten sich nicht durchgesetzt, so Bayle de Jessé.



© istockphoto.com | courtheyk

Erschwingliche Gebühren

Zum Start von TIPS testen den Angaben zufolge acht Banken das neue Verfahren. Prinzipiell könnten sich alle Geldhäuser und Zahlungsdienste beteiligen, die bereits ein Konto bei der Notenbank eingerichtet hätten. Andere Dienste ohne Konto sollten sich wiederum über bereits teilnehmende Institute anschließen können. Das System sei somit auch für FinTechs zugänglich. Die Gebühren seien erschwinglich. Jede neue Transaktion solle in den ersten beiden Jahren pauschal nur 0,2 Cent kosten.

In der Eurozone könnten laut einer EZB-Prognose innerhalb von fünf Jahren täglich etwa zehn Mio. Sofortzahlungen geleistet werden. Dies entspreche rund einem Zehntel der täglichen Transaktionen mit allen Arten von Zahlungskarten. Zwar startet TIPS zunächst nur als Service für die Eurozone. Doch laut EZB stellt es kein Problem dar, zu einem späteren Zeitpunkt auch andere Währungen in das Verfahren mit einzubeziehen.

Zugleich der Bankendienstleister SWIFT die Inbetriebnahme seines Messaging-Services SWIFTNet Instant für TIPS bekannt. Alain Raes, Chief Executive of Europe, Middle East & Africa bei SWIFT, erklärte: „Wir freuen uns, die erfolgreiche Inbetriebnahme unserer Konnektivitätslösung für Echtzeitzahlungen über TIPS zu bestätigen.“ Die SWIFT-Lösung sei für TIPS ein wichtiger Baustein für den Zugang zum künftigen Single Market Infrastructure Gateway (ESMIG) des Eurosystems. (ud)

Privatisierung abgeschlossen

HSH bekommt auch einen neuen Namen

Die HSH Nordbank ist die erste privatisierte Landesbank in Deutschland – der Ende Februar geschlossene Vertrag über den Erwerb aller mittelbar gehaltenen Aktien wurde vollzogen, gleichzeitig haben die Anteilseigner die restlichen 5,1 Prozent übernommen und halten nun alle Aktien an der HSH Nordbank AG. Die Besitzer der Bank sind damit Cerberus Capital Management, J. C. Flowers & Co., GoldenTree Asset Management, Centaurus Capital LP und die BAWAG bzw. von diesen initiierte Fonds.

Der Wechsel von öffentlichen zu privaten Eignern markiere den Beginn einer neuen Zeitrechnung für die Bank, sagte der Vorstandsvorsitzender Stefan Ermisch, der zugleich den bisherigen Anteilseignern – den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein – dafür dankte, dass sie den Verkauf professionell und zielstrebig vorangetrieben hätten. Ermisch weiter: „Wir konzentrieren uns jetzt mit aller Kraft auf die neue Ära. Wir werden eine mittelständische Geschäftsbank aus Hamburg für Deutschland mit ausgeprägter Kundenorientierung und sind bereit für einen Neuanfang.“

Mit dem Übergang an private Eigentümer endet die Mitgliedschaft der HSH Nordbank im Deutschen Sparkassen- und Giroverband, und die HSH scheidet aus allen Gremien und Arbeitskreisen des DSGV aus. Die Mitgliedschaft der Bank im Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe und in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen besteht allerdings für eine Übergangszeit bis zum Jahresende 2021 fort. Danach soll die HSH in die Einlagensicherung des Bankenverbands (BdB) wechseln. Damit dies nahtlos geschehen kann, gibt es für die Bank aber noch eine Reihe von Aufgaben zu bewältigen. Bis Ende 2021 muss die Eigenkapitalrendite vor Steuern mindestens acht Prozent und die harte Kernkapitalquote 15 Prozent oder mehr betragen. Die Cost-Income-Ratio soll unter 40 Prozent bleiben. Um wirtschaftlicher zu arbeiten, werde die Bank künftig ihre zentralen Geschäftsbereiche mit einem schärferen Fokus und effizienterem Einsatz ihrer Ressourcen betreiben, erläuterte Ermisch.

Der Eigentümerwechsel bringt noch weitere Änderungen mit sich. Mit dem spanischen Banker Juan Rodriguez Inciarte, der unter anderem bei der Grupo Santander tätig war, steht ein neuer Vorsitzender des Aufsichtsrats in den Startlöchern. Außerdem wird der Name HSH Nordbank aus der Öffentlichkeit verschwinden: Voraussichtlich ab Februar 2019 firmiert die Bank dann als „Hamburg Commercial Bank AG“. (kra)

Warburg übernahm Mehrheit an Nord/LB AM

Zur Holding zusammengeführt



© Maïke Heibig

Ein weiteres Closing zum Monatsende: Die zum Jahresbeginn vereinbarte Übernahme des Vermögensmanagements der NORD/LB durch das Bankhaus Warburg ist abgeschlossen, die Warburg Invest KAG mbH und die NORD/LB Asset Management AG agieren ab jetzt in einer gemeinsamen Holding unter dem Firmennamen Warburg Invest AG. Die Führung übernimmt die Warburg Bank, die 75,1 Prozent der Anteile an der NORD/LB Asset Management erworben hat, die NORD/LB bleibt mit den restlichen Anteilen Gesellschafter der Holding.

Die Warburg Invest-Kapitalverwaltungsgesellschaften bündeln das Management liquider Assets der Gruppe und betreuen ein Vermögen von mehr als 37 Mrd. Euro. An den beiden Standorten in Hamburg und Hannover arbeiten insgesamt rund 130 Mitarbeiter. „Unser Ziel ist es, bei den liquiden Assets zu den zehn größten Asset Managern in Deutschland zu gehören“, sagte Joachim Olearius, Sprecher der Partner der Warburg Bank. Für die Kunden erwachse aus der Zusammenführung der beiden Vermögensmanager ein größeres Angebot an individualisierten Lösungen. Die vertrauten Berater werden die Kunden auch weiterhin betreuen. Der Aufsichtsratsvorsitzende der NORD/LB Asset Management, Hinrich Holm, hob die breitere Personalbasis hervor, die eine höhere Stabilität mit sich bringe und Anforderungen der Aufsicht besser erfüllen lasse.

Die beiden Häuser werden in den kommenden Monaten eng miteinander verzahnt, die Produkte und Strategieansätze werden harmonisiert. Einen Schwerpunkt der Arbeit soll der boomende Bereich nachhaltiger Investments bilden. Geplant ist zudem ein Ausbau des Bereichs für Investments in Small- und Mid-Cap-Werten. Der Vorstand (siehe Foto) der Warburg Invest AG wird aus bekannten Gesichtern bestehen, nämlich den bisherigen Vorstandsmitgliedern der NORD/LB AM, Carsten Schmeding (Vorstandsvorsitzender) und Andreas Lebe, sowie den Geschäftsführern der Warburg Invest KAG mbH, Matthias Mansel und Caroline Specht - die Zustimmung der Aufsichtsbehörden vorausgesetzt. (kra)

Mails mit leicht veränderten Firmennamen

BaFin warnt vor Namensklau

Der Namen klingt auf den ersten, flüchtigen Blick vertraut, doch wer Mails von der „BGZ BNP Finance Paribas“ erhält, sollte genau hinschauen. Das Unternehmen mit angeblichem Sitz in Warschau, Polen, verschickt E-Mails an potenzielle Kunden in Deutschland, bietet Kredite und Dienstleistungen als Wertpapierhandelsbank an und wirbt mit angeblichen Kooperationen mit zugelassenen Kreditinstituten. Doch die BaFin warnt, dass sie diesem Unternehmen keine Erlaubnis gemäß § 32 des Kreditwesengesetzes (KWG) zum Betreiben von Bank- oder Finanzdienstleistungsgeschäften erteilt habe und ein Unternehmen dieses Namens nicht unter ihrer Aufsicht stehe.

Die Masche, dass unerlaubt tätige Unternehmen ähnliche Namen wie beaufsichtigte Institute wählen, um bei potenziellen Kunden Vertrauen zu schaffen, ist bekannt, wie die Finanzdienstleistungsaufsicht erläutern. Hier nutzt nun die „BGZ BNP Finance Paribas“ einen ähnlichen Namen wie die Bank BGZ BNP Paribas S.A., Warschau, Polen, ein grenzüberschreitend tätiges und zugelassenes Finanzdienstleistungsinstitut. (kra)

Hamburg zieht viel Wagniskapital an

Berlin bleibt FinTech-Hochburg

So sehr sich Frankfurt auch bemüht, Boden gutzumachen, es hat auch in diesem Jahr wieder nicht gereicht. Gegenüber der Hauptstadt und dem Konkurrenten München hat die Finanzhochburg am Main als FinTech-Standort an Terrain verloren und liegt bei der Anzahl der Finanz-Start-ups nur noch auf Platz drei. Im letzten Jahr hatte es noch zum gemeinsamen zweiten Platz mit München gereicht, Berlin hatte auch da schon die Nase in der Comdirect-FinTech-Studie vorn. Bei der Vergabe von Wagniskapital rangiert Frankfurt sogar nur auf Platz vier, knapp vor Düsseldorf.

Berlin spielt hier weiter in einer eigenen Liga. In der Hauptstadt sind derzeit 249 aktive FinTechs registriert; im letzten Jahr wuchs ihre Zahl um 39 an, und alle gemeinsam sammelten in den Jahren 2017 und 2018 insgesamt 854 Mio. Euro an Wagniskapital ein. „Das ist mehr als jeder zweite Euro, der in diesem Zeitraum in ein deutsches FinTech geflossen ist“, analysieren die Comdirect-Experten, gestützt auf die „Barkow Consultings Fintech Money Map“. Sie gehen davon aus, dass diese Vorreiterrolle auf absehbare Zeit anhält. In München wurden zuletzt 22 neue Finanz-Start-ups gegründet – fünf mehr als in Frankfurt. Die bayerische Landeshauptstadt kommt damit auf insgesamt 100 FinTechs. Und auch bei der Anzahl der Finanzierungsrun-

den punktet München: In 31 Runden sammelten die Münchener FinTechs 2017 und 2018 (bis Ende September) insgesamt 174 Mio. Euro Wagniskapital ein.

In Frankfurt waren es im selben Zeitraum nur 36 Mio. Euro. „Frankfurt bleibt als FinTech-Standort hinter den eigenen Ansprüchen noch zurück“, resümiert Comdirect-Chef Arno Walter, München hingegen überzeuge durch einen ausgewogenen Mix aus Gründern und Kapitalgebern. Ein Blick in den Norden zeigt, dass Hamburg – wie schon in den Vorjahren – vor allem beim Wagniskapital überzeugen kann: Die 67 FinTechs in der Hansestadt sammelten im Vergleichszeitraum 236 Mio. Euro ein – nur in Berlin floss mehr Geld. Die beiden rheinischen Rivalen haben einen deutlichen Abstand zu Hamburg. Mit 28 aktiven Start-ups liegen die Kölner bei der Anzahl der FinTechs vor Düsseldorf (18), dafür konnten die FinTechs in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt mit 30 Mio. Euro 10 Prozent mehr Wagniskapital einsammeln als jene in der Domstadt. (kra)

Instant Payments

Neue Herausforderungen für die Liquidität

Die Einführung von Instant Payments hebt den Zahlungsverkehr auf eine neue Ebene, die Echtzeit-Überweisung wurde Realität. Rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr, sollen Zahlungen, die innerhalb des SEPA-Raums mit diesem Format überwiesen wurden, innerhalb von zehn Sekunden auf dem Empfängerkonto verfügbar sein, sofern sie nicht die Summe von 15.000 Euro übersteigen. Die Markteinführung erfolgte im November 2017, als erste deutsche Bank war die HypoVereinsbank (UniCredit) von Beginn an dabei. Seither bieten immer mehr Banken und Sparkassen diesen Service an.

Viele Zahlungsverkehrsexperten haben kaum Zweifel, dass Instant Payments zum Standard bei elektronischen Massenzahlungen werden. Das stellt die Geldinstitute aber vor neue Herausforderungen. Sie müssen einen größeren Bedarf an vorzuhaltenden Barmitteln und hochliquiden Sicherheiten managen. Damit die risiko- und ertragsorientierte Steuerung der untertägigen Liquidität gelingt, sind innovative Ansätze gefragt. Ein möglicher Weg zur Etablierung eines Intraday-Geldhandels wird in einem aktuellen Whitepaper der PPI AG beschrieben. Die Schrift „Payments & Liquidity go instant – Antworten der Liquiditätssteuerung auf neue Herausforderungen durch die Reformierung des Zahlungsverkehrs“ kann hier www.ppi.de/wp-goinstant heruntergeladen werden. (kra)

Innovations-Lab der Commerzbank

Digital Banking für die Supply Chain



Die Commerzbank etabliert als erstes Finanzinstitut ein „Enterprise Lab“ am Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik IML in Dortmund und baut damit die seit Juli 2017 bestehende Kooperation aus – eine Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft. Namhafte Industrieunternehmen aus den Branchen Sensortechnologie, Automotive, Logistik, Chemie, Pharma oder Telekommunikation sind bereits an Bord und analysieren gemeinsam mit den Forschern aktuelle und künftige Trends in den Bereichen Logistik und Supply Chain Management. Das Ziel ist die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

Mit dem „Trade Finance Innovations-Lab“ deckt die Commerzbank dort als erste Bank nun den Bereich Finanzdienstleistungen ab, mit einem Fokus auf dem Trade-Finance-Geschäft, also der Abwicklung und Finanzierung internationaler Handelstrans-

aktionen. Künftig werden anwendungsorientierte Wissenschaftler des Fraunhofer IML eng mit Trade-Finance-Spezialisten der Commerzbank und ihrer Forschungs- und Entwicklungseinheit, dem Main Incubator, zusammenarbeiten.

Praktische Anwendungsmöglichkeiten für das Trade-Finance-Geschäft wurden bereits identifiziert. So können Prozesse entlang physischer Lieferketten durch neue Technologien viel enger mit der finanziellen Lieferkette verknüpft werden. An vielen Stellen der Supply Chain lassen sich bislang manuelle Prozesse automatisiert und effizienter ausführen. „Das Enterprise Lab Center schafft genau den richtigen Rahmen, um unsere bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit noch weiter zu intensivieren“, sagte Nikolaus Giesbert, der u.a. für Trade Finance zuständige Bereichsvorstand der Commerzbank. Das Trade Finance Innovations-Lab soll dabei helfen, die Chancen der Digitalisierung branchenübergreifend in physischen und finanziellen Lieferketten optimal zu nutzen. Dabei stehen auch neue Zahlungsverkehrs- und Finanzierungslösungen für das Handelsfinanzierungsgeschäft auf Basis der Distributed-Ledger-Technologie (DLT) sowie Smart Contracts auf der Agenda.

„Die Kernkompetenzen der Commerzbank und des Fraunhofer IML ergänzen sich hervorragend“, bestätigte IML-Institutsleiter Michael Henke bei der Vertragsunterzeichnung. „Die in unserem Trade Finance Innovations-Lab gemeinsam entwickelten Lösungen werden richtungsweisend sein für das Digital Banking entlang globaler Supply Chains der Zukunft.“ (kra)

AUS UNSERER MARKENWELT

Größtes aktuelles Risiko: Cyberangriffe und Datenverlust

Von welchem Risiko sahen sich Unternehmen im ablaufenden Jahr besonders bedroht? Die Antworten in einer aktuellen Umfrage sind eindeutig: Cyber-Angriffe und Datenverlust. Mehr als die Hälfte der befragten Führungskräfte bezeichnet das Risiko von Datenverlust, Datenverletzung oder Risiken im Zusammenhang mit der neuen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als sehr oder äußerst besorgniserregend. Rund 50 Prozent haben Angst vor Cyber-Angriffen. Das Risiko von Cyber-Angriffen und Datenverlust habe inzwischen regulatorische Untersuchungen als oberste Priorität der Vorstände abgelöst, sagt Risikoexperte Mathias Pahl vom Beratungsunternehmen Willis Towers Watson, das den Directors Liability Report „D&O: Personal Exposure to Global Risk“ gemeinsam mit der Anwaltskanzlei Allen & Overy seit 2012 jährlich auflegt. (...)

[Den vollständigen Text finden Sie [hier](#).]



Mehr unter: www.risiko-manager.com

Immobilien sind für Geldwäsche attraktiv

Nicht nur in Zeiten der Wohnungsknappheit erweist sich das Geschäft mit Immobilien in der Bundesrepublik als lukrativ. Kriminelle wissen, wie sie die prekäre Lage vieler Mieter ausnutzen können. Im hiesigen Immobilienmarkt dürften jährlich mehrere Mrd. Euro von Korrupten gewaschen werden. Schätzungen zufolge werden 15 bis 30 Prozent aller kriminellen Vermögenswerte in Immobilien investiert. Zu diesem Resultat kommt eine Studie der Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland e.V. (...)

[Den vollständigen Text finden Sie [hier](#).]



Mehr unter: www.info-bank-compliance.de

Auf den Spuren der Start-ups: Tagung FinTechs und Bankrecht

Über 40 Mio. Euro investierte der nach Marktkapitalisierung größte Versicherer der Welt, der chinesische Konzern Ping An, kürzlich in Finleap, den Berliner Company Builder, der FinTechs und anderen Start-ups den Zugang zu Startkapital und einem Netzwerk aus Investoren, erfahrenen Unternehmern und Kunden eröffnet. Seit seiner Gründung im Jahr 2014 hat Finleap bereits 16 Portfolio-Unternehmen den Markteintritt ermöglicht, darunter war z. B. die Berliner SolarisBank.

Der Deal ist nur ein weiterer Beleg für den Appetit auf westliche Unternehmen, den fernöstliche und vor allem chinesische Geldgeber entwickelt haben, seitdem die Regierung in Peking im Jahr 2000 ihre „Going Global“-Strategie verkündet hatte. 2017 haben Anleger aus China so viel in deutsche Unternehmen investiert wie nie zuvor – 13,7 Mrd. US-Dollar nach einer Analyse der Beratungsgesellschaft EY. Standen in früheren Jahren eher Industrieunternehmen auf der Wunschliste, so verlagert sich der Fokus immer mehr in Richtung FinTechs. Bei der Finanzierungsrunde, die die Internetbank N26 in diesem Frühjahr startete, stieg Tencent groß ein, ein chinesischer Internetkonzern, der etwa als Betreiber von WeChat bekannt ist. Und der japanische FinTech-Investor SBI hat sogar schon mehrfach in die SolarisBank investiert.

Offenbar sind die Kriegskassen in Fernost gut gefüllt. Nur die großen US-amerikanischen Investoren können da noch gehalten. Doch während die amerikanischen VC-Funds ausschließlich am Return interessiert sind, zeigen die chinesischen Investoren eher strategisches Interesse und investieren in Banken und Technologiekonzerne.

„Wir beobachten, dass der Markt sehr interessant ist – gerade für ausländische Investoren“, bestätigte auch Matthias Lais, (...)

[Den vollständigen Text finden Sie [hier](#).]



Mehr unter: www.info-bub.de

UNSERE NÄCHSTEN VERANSTALTUNGEN AUF EINEN BLICK

TITEL	TERMIN	ORT
1. Forum Bankaufsichtsrecht	30. Januar 2019	Köln
Fachtagung „Compliance 2019“	7. Februar 2019	Köln
Fachkonferenz „Zahlungsverkehr der Zukunft 2019“	20. Februar 2019	Köln
Webinar „Risikoprofilung mit Anlegern“	19. März 2019	
Zertifikatslehrgang „Datenschutzbeauftragte/r für Kreditinstitute“	26. bis 27. März 2019	Köln
Zertifikatslehrgang „Informationssicherheitsbeauftragte (ISB) für Kreditinstitute“	7. bis 10. Mai 2019	Köln
SAVE THE DATE: Intensivseminar „CRR II und Basel IV“	10. April 2019	Köln
SAVE THE DATE: OpRisk Forum	15. Mai 2019	Köln
SAVE THE DATE: Zertifikatslehrgang „Geldwäschebeauftragte/r“	20. bis 24. Mai 2019	Köln
SAVE THE DATE: RepRisk Forum	13. November 2019	

WEITERE INFORMATIONEN UND ANMELDUNG



Stefan Lödorf
Telefon: 0221/5490-133



E-Mail: events@bank-verlag.de

Impressum

Verlag und Redaktion:

Bank-Verlag GmbH
Postfach 450209, 50877 Köln
Wendelinstraße 1, 50933 Köln
Tel. 0221/54 90-0
Fax 0221/54 90-315
E-Mail: medien@bank-verlag.de

Geschäftsführer:

Wilhelm Niehoff (Sprecher),
Michael Eichler,
Matthias Strobel

Bereichsleitung Medien:

Bernd Tretow

Mediaberatung:

Katrin Frese
Tel. 0221/54 90-327
E-Mail: katrin.frese@bank-verlag.de

Layout & Satz:

Cathrin Schmitz
Tel. 0221/54 90-132
E-Mail: cathrin.schmitz@bank-verlag.de

Redaktion:

Anja U. Kraus
Tel. 0221/54 90-542
E-Mail: anja.kraus@bank-verlag.de

Dogan Michael Ulusoy

Tel. 0221/54 90-519
E-Mail: dogan-michael.ulusoy@bank-verlag.de

Erscheinungsweise: mindestens 1 x pro Monat

Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlags vervielfältigt werden. Unter dieses Verbot fallen insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Beiträge sind mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt, die Redaktion übernimmt jedoch kein Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der abgedruckten Inhalte. Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Empfehlungen sind keine Aufforderungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren sowie anderer Finanz- oder Versicherungsprodukte. Eine Haftung für Vermögensschäden ist ausgeschlossen. Für die Inhalte der Werbeanzeigen ist das jeweilige Unternehmen oder die Gesellschaft verantwortlich.